Aus dem Ortsgemeinderat

Am 06.03.2014 fand in Birgel, im Bürgerhaus, unter Vorsitz von Ortsbürgermeister Günter Klinkhammer eine öffentliche und anschließend nichtöffentliche Sitzung des Ortsgemeinderates der Ortsgemeinde Birgel statt.

Aus der öffentlichen Sitzung:

Landeswettbewerb 2014/2015 "Unser Dorf hat Zukunft"

Sachverhalt:

Die Landesregierung hat den Landeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft 2014/2015“ ausgeschrieben.

Der Wettbewerb ist wie bisher in zwei Klassen eingeteilt:

- In der Hauptklasse sind die Ortsgemeinden und die Gemeindeteile zusammengefasst, die sich zum ersten Mal am Wettbewerb beteiligen und in früheren Wettbewerben noch nicht im Gebietsentscheid waren.
- In der Sonderklasse sind die Ortsgemeinden und Gemeindeteile zusammengefasst, die in früheren Jahren bereits im Gebietsentscheid waren.

Die Anmeldefrist endet am 10.03.2014. Bis dahin müssen die Bewerbungsunterlagen bei der Kreisverwaltung eingereicht sein.

Für die Teilnahme am Wettbewerb bedarf es einer Beschlussfassung durch den Gemeinderat. Für die Landesentscheide 2014/2015 sind, bis spätestens vier Wochen vor Beginn der Ortsbesichtigungen, dem Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur von den Wettbewerbsteilnehmern ein kurzer schriftlicher Bericht (max. 5 DIN A4 Seiten) mit folgenden Angaben zu erstellen und zuzuleiten:

1. Allgemeine Strukturdaten (z.B. Einwohnerzahl, Alters- und Beschäftigungsstruktur), Planungen, Konzepte und wirtschaftliche Initiativen.
2. Bürgerschaftliches Engagement und soziale und kulturelle Aktivitäten
3. Baugestaltung und -entwicklung
4. Grüngestaltung / Das Dorf in der Landschaft .

Beschluss:

Nach sehr eingehender Beratung beschließt der Ortsgemeinderat am Landeswettbewerb "Unser Dorf hat Zukunft 2014/2015" nicht teilzunehmen.

Spende(n) zu Gunsten der Ortsgemeinde Birgel - Genehmigung nach § 94 Abs. 3 Satz 5 Gemeindeordnung

Sachverhalt:

Mit dem Landesgesetz zur Änderung kommunal- und dienstrechtlicher Vorschriften vom 21.12.2007 hat der Landesgesetzgeber die Annahme und Einwerbung von Sponsoringleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen im § 94 Absatz 3 der Gemeindeordnung (GemO) geregelt.

Durch die Änderung von § 24 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) vom 06. April 2010 findet § 94 Abs. 3 GemO erst dann Anwendung, wenn das Angebot der Zuwendung im Einzelfall die Wertgrenze von 100 Euro übersteigt; dies gilt nicht in Zweifelsfällen und sobald die Summe der Einzelzuwendungen eines Gebers in einem Haushaltsjahr diese Wertgrenze übersteigt.

Nach § 94 Absatz 3 Satz 5 GemO obliegt dem Rat die Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen.

Dabei ist nach den Handlungsempfehlungen des Ministeriums des Innern und für Sport vom 18.06.2008 zur Wahrung des Transparenzgebotes eine Behandlung der Angelegenheit in öffentlicher Sitzung vorzunehmen, wobei in nichtöffentlicher Sitzung verhandelt werden kann, wenn der Geber aus berechtigtem Interesse um vertrauliche Behandlung seines Namens gebeten hat.

Beschluss:

Der Rat genehmigt die Annahme der Spende(n).

Kommunal- und Verwaltungsreform; Sachstandsinformationen

Sachverhalt:

Der Vorsitzende und die Verwaltung informierten den Ortsgemeinderat über die Gespräche mit der Verbandsgemeinde Prüm im Nachgang zu dem Schreiben vom Herrn Minister Roger Lewentz, ISM, vom 30.01.2014.

Nach Abstimmung mit der VG Prüm in der vergangenen Woche konnte am 19.02.2014, ein Gespräch beim Innenministerium auf Verwaltungsebene stattfinden. Im Rahmen des Termins wurden die Eckpunkte einer möglichen Fusion intensiv erörtert.

- Wie sieht das weitere Verfahren des freiwilligen Zusammenschlusses der VG Prüm und Obere Kyll aus?
- Höhe der Förderung des Landes für den freiwilligen Zusammenschluss?
- Erörterung verschiedener Möglichkeiten für den Abbau der Liquiditätskredite
- Übernahme der Einrichtungen der Verbandsgemeinden in die neue VG
- Bürgerentscheid in der Ortsgemeinde Steffeln
- allg. Regelungen einer möglichen Fusion

Im Rahmen des Termins konnten noch nicht alle Punkte abschließend geklärt werden. Die konkreten Inhalte und Abstimmungen werden nun in einem Entwurf eines Eckpunktepapiers durch die Verwaltungen der Verbandsgemeinden zusammengestellt und sodann nochmals intern im Ministerium des Inneren für Sport und Infrastruktur abgestimmt. Dieser abgestimmte Entwurf und weiterführende Informationen sollen sodann in eine Beratung der Lenkungsgruppe Kommunal- und Verwaltungsreform einfließen. Anschließend soll dieses Eckpunktepapier in den Ausschüssen und den Verbandsgemeinderäten als Grundlage für ein mögliches Landesgesetz beraten werden. Auch ist eine Beratung in den jeweiligen Ortsgemeinderäten vorgesehen. Das konkrete weitere Verfahren einschl. der Einbindung der Öffentlichkeit soll im Rahmen der Sitzung der Lenkungsgruppe festgelegt werden.

Auf Grund von falschen Informationen in verschiedenen Pressemitteilungen, möchten wir aber bereits heute einen Punkt nochmals klarstellen. Eine Fusion zwischen der Verbandsgemeinde Prüm und Obere Kyll ist zunächst als eine kreisübergreifende Fusion vorgesehen. Dies bedeutet, dass die neue Verbandsgemeinde Prüm sowohl im Eifelkreis Bitburg-Prüm als auch im Landkreis Vulkaneifel liegen wird. Vor der zweiten Stufe der Kommunal- und Verwaltungsreform, welche eine Optimierung der Strukturen auf Kreisebene vorsieht, wird es keine Änderungen an den Kreisgrenzen geben. Die kreisübergreifende neue Verbandsgemeinde soll jedoch bis zur Umsetzung der zweiten Stufe der KVR ausschließlich eine temporäre Lösung sein. Dies bedeutet, dass bei einer Optimierung der Landkreise die Kreisgrenze nicht mehr durch die neue Verbandsgemeinde verlaufen wird. Bis zu dieser Stufe der Kommunal- und Verwaltungsreform, die eine Optimierung der Landkreise zum Ziel hat, ändert sich am Gebiet der Landkreise nichts, sprich:

- das Gebiet der Landkreise bleibt unverändert
- die Zuständigkeiten der jeweiligen Landkreise bleiben bestehen (mit einer kleinen Ausnahme im Bereich der Kommunalaufsicht, was im Landesgesetz geregelt wird)

- die Kreisumlage wird wie bisher an die jeweilige Landkreise abgeführt
 - alle Einrichtungen auf Kreisebene (z. B. Kreissparkasse) werden weder positiv noch negativ berührt
 - gleiches gilt für die Strukturen von Verbänden und Vereinigungen auf Kreisebene
- Die Landkreise werden im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens vom Land angehört.

Aus der nichtöffentlichen Sitzung

In der nichtöffentlichen Sitzung stand eine Rechts- sowie Finanzangelegenheit zur Beratung und Beschlussfassung an.